

## Panzer für den Potentaten

*Ausgerechnet jetzt treibt der Rüstungskonzern Rheinmetall den Bau von Panzern in der Türkei voran – mit merkwürdigen Partnern und offenbar dem Segen Erdogans*

Von Hans-Martin Tillack stern, 09.03.2017

Diese Recherche ist eine Kooperation mit der türkischen Exilredaktion Özgürüz und dem gemeinnützigen Recherchezentrum Correctiv. Margherita Bettoni und Frederik Richter recherchierten für Özgürüz

Der Rüstungskonzern Rheinmetall nennt es eine „einzigartige Herausforderung“. Per Stellenanzeige im Internet sucht das Unternehmen aus Düsseldorf nach Managern und Ingenieuren. Tatsächlich ist es eine politische Provokation: Der Konzern plant den Bau von Panzern – in der Türkei.

Bisher war das Vorhaben nur eine vage Ankündigung. Doch ausgerechnet jetzt, da sich ganz Deutschland über die Inhaftierung des Journalisten Deniz Yücel und Erdogans verbale Entgleisungen empört, treibt Rheinmetall die Sache in aller Stille voran. Als sei die Türkei unter Präsident Recep Tayyip Erdogan nicht längst auf dem Weg in die Autokratie. Als hätte dessen Regime nicht bereits Panzer in Wohngebieten auffahren lassen, etwa im bürgerkriegsähnlichen Konflikt mit der kurdischen Minderheit. Rheinmetall will das Regime nun aufrüsten. Wie konkret die Pläne sind, zeigen gemeinsame Recherchen des stern mit der türkischen Exilredaktion Özgürüz und dem Recherche-Netzwerk Correctiv.

Die Türkei sei „ein voll integrierter Nato-Partner“ und bis heute ein EU-Beitrittskandidat, verteidigt das Unternehmen sein Vorhaben. Dennoch dürfte den Chefs des Rüstungskonzerns klar sein, dass sie gegenwärtig keine Chance hätten, schweres Kriegsgerät in die Türkei zu exportieren. Würde die Bundesregierung eine solche Ge-

nehmung auch nur erwägen, bräche ein Proteststurm los. Also greift Rheinmetall-Chef Armin Papperger zu einem Trick: Er will die Panzer vor Ort in der Türkei bauen lassen.

Die Deutschen halten 40 Prozent an einer neuen türkischen Tochterfirma namens RBSS, einem Gemeinschaftsunternehmen mit Partnern aus der Türkei und Malaysia. Demnächst soll diese Firma den Betrieb aufnehmen, der Rüstungskonzern sucht darum per Online-Anzeigen nach Führungspersonal – für Entwicklung und Produktion „an den Standorten Istanbul und Izmir“. In Izmir baut der türkische Projektpartner BMC heute schon Lkws und Militärfahrzeuge. Über den Standort des neuen Unternehmens gibt es laut Rheinmetall „noch keine endgültige Entscheidung“. Östlich von Istanbul, in Ihsaniye an der Schwarzmeerküste, hat sich BMC aber bereits ein 222 Hektar großes Areal für eine neue Fabrik für gepanzerte Fahrzeuge gesichert. BMC winkt bereits ein möglicher Vertrag zur Nachrüstung älterer Leopard-Panzer, die die türkische Armee in ihrem Bestand hat. Im Gespräch ist auch die Produktion eines eigenen türkischen Kampfpanzers vom Typ Altay.

Die linke Bundestagsabgeordnete Sevim Dagdelen ist über die Pläne empört. „Dass Rheinmetall gerade jetzt in die Panzerproduktion in der Türkei einsteigt, ist ein ungeheuerlicher Vorgang“, sagt Dagdelen, es sei geradezu „verbrecherisch“. Erst dieser Tage hatte die Abgeordnete die Bundesregierung nach möglichen Waffenlieferungen in die Türkei gefragt. Sie bekam von Wirtschaftsstaatssekretär Matthias Machnig die Auskunft, dass für die Regierung bei der Genehmigung von Rüstungsexporten die „Beachtung der Menschenrechte“ ein „besonderes Gewicht“ habe. Das klang nach: keine Chance für Panzerexporte in die Türkei.

Rheinmetall stört das offenbar nicht. Das Unternehmen fährt schon seit Jahren eine Strategie der „Internationalisierung“. Es unterhält Werke und Entwicklungsrechte jenseits der deutschen Grenzen. „Somit können wir im Ausland leichter Geschäfte machen“, gab Rheinmetall-Chef Armin Papperger vor eineinhalb Jahren unumwunden zu, „mit weniger einschneidenden Exportauflagen.“ Da wird die heiße Ware für heikle Zielländer wie Saudi-Arabien eben nicht aus Deutschland geliefert, wo eine Genehmigung fällig würde, sondern von einer Tochterfirma in Südafrika. Oder nun eben Panzer für das Erdogan-Regime in der Türkei.

# ReporterFORUM

[www.reporter-forum.de](http://www.reporter-forum.de)

Präsident Erdogan kommt das Projekt gelegen. Er kümmert sich offenbar höchstselbst um die Stärkung der heimischen Rüstungsproduktion. Bei Rheinmetall erzählt man sich intern, dass Erdogan persönlich den Segen für das deutsch-türkische Gemeinschaftsunternehmen erteilt habe. Anfang August soll der Rheinmetall-Manager Andreas Schwer eine Audienz beim Präsidenten gehabt haben. Ein Rheinmetall-Sprecher ließ Fragen dazu unbeantwortet. Über „Kontakte zu hochrangigen Regierungsvertretern von Kundenländern“ mache man „aus wettbewerblichen Gründen“ keine Aussagen.

Es dürfte nicht geschadet haben, dass zumindest ein Partner bei dem Rüstungsgeschäft an Bilal Erdogan gedacht hat, den skandalumwitterten Sohn des Präsidenten. Der sitzt im Vorstand der umstrittenen Stiftung Türgev. Vor ein paar Jahren wurde er von der Staatsanwaltschaft verdächtigt, über diese Stiftung Bestechungsgelder seines Vaters zu waschen. Vater Erdogan, damals noch Premierminister, verteidigte die Stiftung dagegen als integre Organisation, die Unterkünfte für Studenten baue und Stipendien vergebe.

Ausgerechnet diese Türgev-Stiftung spielt auch jetzt eine Rolle. Einer der drei Projektpartner aus dem Panzerbau-Konsortium ist die Firma Etika Strategi des malaysischen Tycoons Syed Mokhtar Albukhary. Der Milliardär betreibt die islamisch orientierte Albu khary Foundation. Und ausgerechnet die unterstützt seit Sommer 2016 die Stiftung von Bilal Erdogan.

So organisierten die Malaysier im August 2016 einen vierwöchigen Aufenthalt und Englischkurse für mehr als 200 junge Türken – genannt „Türgev Albukhary Culture and Language Camp“. Gerade wirbt Albukhary prominent für ein neues Programm mit Türgev.

Alles nur das philanthropische Engagement eines reichen Geschäftsmannes aus Malaysia? Oder geht es hier um Schmiermittel für das lukrative Panzergeschäft in der Türkei? Rheinmetall bestreitet das strikt. Man unterhalte „weder eine direkte noch indirekte Kooperation oder Absprache“ mit der Türgev-Stiftung. Die Albukhary Foundation unterstütze überdies Studenten „fast aller islamischer Länder“. Es gebe keinen Zusammenhang mit dem Panzergeschäft.

Das wird die Kritiker nicht beruhigen. Schon im vorigen Jahr stellte ein türkischer Abgeordneter öffentlich Fragen wegen möglicher dubioser Verbindungen der Erdogan-Familie nach Malaysia. Warum braucht Rheinmetall die im Panzerbau wenig erfahrenen Malaysier überhaupt bei dem Projekt? Die Firma sagt, es gehe um die „Öffnung asiatischer Zielmärkte“ .

Auch der dritte Beteiligte an der neuen Panzerschmiede fällt durch besondere Treue zu Präsident Erdogan auf. Der Eigentümer des türkischen Rheinmetall-Partners BMC ist der Erdogan-Anhänger Ethem Sancak. Der Besitzer mehrerer regierungsfreundlicher Zeitungen konnte BMC im Jahr 2014 vom türkischen Staat erwerben. Sancak sprach öffentlich schon mal von einer „göttlichen Liebe“ , die ihn und den Präsidenten verbinde.

Sancak ist damit der Gegenentwurf zur Koç-Familie, einer der reichsten türkischen Unternehmerdynastien, die als prowestlich und eher Erdogan-kritisch gilt. Bislang entwickelte eine ihrer Firmen den türkischen Altay-Panzer auf Basis ausländischer Lizenzen. Der Bau dieses Panzers könnte nun zumindest teilweise an den Erdogan-Freund Sancak gehen. Und damit auch an dessen neue deutsche Geschäftspartner. Rheinmetall bestätigt, dass das neue Gemeinschaftsunternehmen „beabsichtigt, an der Ausschreibung teilzunehmen“.

Die Bundesregierung in Berlin gerät mit alldem unter Druck. Es wäre „unverantwortlich“, sagt die Bundestagsabgeordnete Dagdelen, wenn die Regierung eine „Lieferung deutscher Panzertechnologie in die Türkei“ nicht stoppe.

Plant Rheinmetall eine solche Lieferung? Nein, versichert der Konzern, „ein genehmigungspflichtiger Transfer“ von deutscher Technologie stehe „nicht im Mittelpunkt“ des Kooperationsprojekts. Irgendwann wird Rheinmetall vielleicht trotzdem Genehmigungen der Bundesregierung brauchen: Die Motoren des Altay-Panzers sowie die Kanone basieren auf deutscher Technik.

Das Bundeswirtschaftsministerium verweist bei Fragen zu Details des Geschäfts auf die geltenden Regeln der Vertraulichkeit. Prinzipiell verfolge man aber „eine restriktive Rüstungsexportpolitik“ .

Die Geschäftsleute bei Rheinmetall scheint das nicht zu schrecken.

## Panzer für den Emir

*Katars Militär mischt bei einer Firma mit, die Rheinmetall mit Partnern in der Türkei gegründet hat. Ziel: der Bau von Panzern*

Von Hans-Martin Tillack und Margherita Bettoni (Özgürüz). Mitarbeit: Frederik Richter (Correctiv), stern, 29.6.2017

Einen Krieg will angeblich keiner, dennoch schwelt der Konflikt am Persischen Golf weiter. Saudi-Arabien und seine Nachbarstaaten verhängten Anfang Juni einen Boykott gegen das Emirat Katar, brachen die diplomatischen Beziehungen ab, sperrten die Grenze, strichen alle Flüge. Katar reagierte mit der höchsten Alarmstufe für das Militär – und brachte seine Panzer in Stellung. Panzer aus Deutschland.

Insgesamt 62 hochmoderne Kampfpanzer vom Typ Leopard 2 hat Deutschland in den Golfstaat Katar geliefert. Die letzte Tranche kam erst kürzlich an. Gebaut hat die Leopard-Panzer die Firma Krauss-Maffei Wegmann, der Rüstungskonzern Rheinmetall war einer der wichtigsten Zulieferer. Genehmigt hatte den Export noch die schwarz-gelbe Regierung unter Kanzlerin Angela Merkel, das war im Jahr 2013.

Ein solcher Rüstungsexport wäre heute kaum mehr möglich. Die deutschen Regeln verbieten Waffenlieferungen in Spannungsgebiete. Und trotzdem könnte es passieren, dass Panzer, an deren Bau Rheinmetall beteiligt ist, doch nach Katar verkauft werden – unter Umgehung des deutschen Kriegswaffenkontrollgesetzes.

Deutsche Rüstungsfirmen buhlen schon seit Jahren um die Gunst der finanzstarken Staaten am Golf. Rheinmetall half erst im vergangenen Jahr beim Aufbau einer Munitionsfabrik in Saudi-Arabien. Und der Konzern pflegt außergewöhnliche Beziehungen zu den Militärs von Katar, auch jetzt, in der angespannten Lage. Das belegen Recherchen von stern, Correctiv und der türkischen Exilredaktion Özgürüz.

Die Katar-Connection hat einen heiklen Hintergrund: Es geht um das umstrittene Panzergeschäft von Rheinmetall in der Türkei. Der deutsche Rüstungskonzern war im März in die Kritik geraten. stern, Correctiv und Özgürüz hatten damals Details einer geplanten Produktion von Kampfpanzern in der Türkei enthüllt. Das Geschäft hat offenbar den Segen von Präsident Recep Tayyip Erdogan. Rheinmetall-Chef Armin Papperger hatte versucht, die Bedeutung des Vorhabens herunterzuspielen. Sein Unternehmen halte sich „strikt“ an die deutschen Rüstungsexportregeln, sagte der Konzernchef.

Was Papperger jedoch nicht erwähnte: Rheinmetall fährt schon seit Jahren eine Strategie der „Internationalisierung“, um weniger von deutschen Exportgenehmigungen abhängig zu sein. Die heiße Ware für heikle Zielländer wie Saudi-Arabien wird dabei nicht aus Deutschland geliefert, wo eine Genehmigung der Bundesregierung fällig wäre, sondern von einer Tochterfirma in Südafrika oder in Italien. So läuft es offenbar auch bei dem geplanten Panzerbau in der Türkei.

Aktuelle Recherchen belegen, wie eng Katar in dieses Türkeigeschäft von Rheinmetall eingebunden ist. Die Firma BMC – das türkische Partnerunternehmen von Rheinmetall bei der Panzerproduktion – wird zu 49 Prozent vom katarischen Verteidigungsministerium kontrolliert, genauer vom „Industriekomitee“ der katarischen Streitkräfte.

Ende 2016 hatte sich der BMC-Eigentümer Ethem Sancak öffentlich gebrüestet: Mit der Hilfe Präsident Erdogans habe er die katarische Armee überzeugen können, die Hälfte der Anteile seiner Firma zu übernehmen. Indirekt kontrollieren die Streitkräfte des Emirats damit auch um die 25 Prozent der Firma, die in der Türkei die Panzer entwickeln und bauen soll: des deutsch-türkisch-malaysischen Gemeinschaftsunternehmens RBSS, gegründet Ende 2016. Rheinmetall ist an ihm mit 40 Prozent beteiligt. In der Führungsetage dieser Firma sitzt auch ein Mann aus Katar: Nasser Hassan al-Naimi.

Laut Rheinmetall wurde der „katarische Vertreter“ im Aufsichtsrat der RBSS „vonseiten der BMC nominiert“. Man selbst habe „keine weiteren Erkenntnisse“ über ihn. Andere Fragen zur Kooperation mit den katarischen Militärs ließ das Unterneh-

men unbeantwortet. Rheinmetall verfolge das Geschehen am Golf und „wartet die weitere politische Entwicklung ab“, sagte ein Sprecher.

Das soll harmlos klingen. Dabei ist die Kooperation mit Katar längst im Gange. Die katarischen Militärs hatten dem Rheinmetall-Partner BMC bereits vor einiger Zeit einen lukrativen Auftrag erteilt. Es geht um die Lieferung sogenannter geschützter Fahrzeuge. Also gepanzerter Militärtransporter.

## Heisser Draht zu Erdogan

*Ein Dinner mit dem Präsidenten, dubiose Partner als Türöffner: Interne Unterlagen beweisen, wie trickreich der Rüstungskonzern Rheinmetall den Bau von Panzern in der Türkei einfädelt*

Von Hans-Martin Tillack (stern), Margherita Bettoni (Özgürüz) und Frederik Richter (Correctiv), 03.08.2017

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan beschimpft deutsche Politiker gern als Nazis. Deutsche Journalisten und deutsche Menschenrechtler lässt er ohne Beweise ins Gefängnis werfen. Deutsche Rüstungsmanager hingegen scheint er zu mögen. Mit ihnen versteht er sich gut. Behandelt sie wie seine Freunde.

Im November 2015 findet in Istanbul ein brisantes Treffen statt, im prunkvollen Yildiz-Palast. Einst Sitz osmanischer Sultane, empfängt Erdogan hier hochrangige Gäste – wenige Wochen zuvor auch die deutsche Bundeskanzlerin. Jetzt, im November, hat der türkische Präsident eine Runde von Männern zu Gast, die mit seiner Hilfe viel Geld verdienen wollen. Es sind drei Manager des deutschen Rüstungskonzerns Rheinmetall mit ihren Geschäftspartnern aus der Türkei und Malaysia. Sie sind von Erdogan zum Abendessen in den osmanischen Palast geladen worden. Es geht um ein zu diesem Zeitpunkt noch geheimes, politisch gefährliches Panzergeschäft.

Bislang war nur vermutet worden, dass dieses Treffen stattgefunden hat. Jetzt gibt es einen Beweis: ein Foto, aufgenommen im Yildiz-Palast. Es zeigt den türkischen Präsidenten, breitbeinig in der Mitte, umringt von seinen Gästen, zu Erdogans Rechten der Rheinmetall-Manager Andreas Schwer. Schwer sieht sehr zufrieden aus.



Mehr als anderthalb Jahre lang blieb das Foto unter Verschluss und das Treffen ein Geheimnis. Das ist nicht ungewöhnlich für heikle Rüstungsgeschäfte. Im März 2017 enthüllte der stern zusammen mit Correctiv und der türkischen Exilredaktion „Özgürüz“ Details des Deals, der bei diesem Abendessen in Istanbul offenbar besprochen wurde: Rheinmetall hat mit den Geschäftspartnern aus der Türkei und Malaysia ein Unternehmen gegründet, das Panzer für Erdogans Militär bauen soll.

Jetzt liegen dem stern und seinen Recherchepartnern das Beweisfoto aus dem Palast und weitere interne Firmenunterlagen vor. Sie erlauben einen Blick in die Dunkelkammer des militärisch-politischen Geschäfts. Sie erzählen, wie das größte deutsche Rüstungsunternehmen einen Milliardendeal einfädelt und wie es Gesetzeslücken bis heute nutzen kann.

Die Papiere legen nahe, dass Rheinmetall Ende 2015 Erdogans persönlichen Segen für die Pläne des Konzerns bekommen hat. Wie sich Rheinmetall ganz gezielt Partner in der Türkei sowie in Malaysia suchte, die über enge persönliche und politische Beziehungen zum türkischen Präsidenten und dessen Familie verfügen. Die Recherchen nähren zudem den Verdacht, dass die Bundesregierung über das Panzerprojekt frühzeitig informiert war. Und obwohl Erdogan sein Land weiter in Richtung Diktatur treibt, hat Rheinmetall die Kooperation noch immer nicht aufgekündigt. Die Konzernchefs wissen, dass die Bundesregierung den Export von Panzern in die Erdogan-Türkei nicht genehmigen würde. Deshalb erdachten sie einen Trick: Warum nicht die Panzer vor Ort in der Türkei produzieren lassen – und damit den Ausfuhrregeln entkommen?

Die vorliegenden Papiere zeigen: Rheinmetall hat alles von langer Hand vorbereitet. Kurze Zeit nach dem Treffen im Palast, im Dezember 2015, wird eine interne Präsentation erstellt, verfasst offenbar von Andreas Schwer, dem Manager, der beim Abendessen dabei war. „Streng vertraulich“ werden darin auf 16 Seiten Wege

skizziert, wie der deutsche Konzern Erdogans Armee aufrüsten könne. Rheinmetall denkt auch an Rüstungslieferungen für das absolutistisch regierte Emirat Katar, einen Verbündeten der Türkei.

In der internen Präsentation beschreibt der Rheinmetall-Manager offen die umstrittene Firmenpolitik, die bereits seit Jahren verfolgt wird: Um nicht auf deutsche Exportgenehmigungen angewiesen zu sein, versuche das Unternehmen auszuweichen und vermehrt im Ausland zu produzieren. Mit dem neuen Joint Venture in der Türkei werde man Rüstungsgüter der „Weltklasse“ herstellen und sich den Regierungen in Ankara sowie in Katar als „bevorzugte Partner“ anbieten.

Das wichtigste Projekt von Rheinmetall und seinen Geschäftspartnern in der Türkei ist zugleich das explosivste: der Bau von 1000 Kampfpanzern für insgesamt sieben Milliarden Euro. Bereits im Dezember 2015 erhoffen sie sich bei Rheinmetall einen dreistelligen Millionengewinn.

Es geht um den in der Türkei entwickelten Panzer vom Typ Altay – einen Kettenpanzer, den es als Prototyp auch mit einer großen, vorn angebrachten Räumschaukel gibt, praktisch beim Straßenkampf in Städten. Die Prototypen hatte eine türkische Konkurrenzfirma gebaut, mithilfe deutscher Technik. Diese Firma gilt es auszustechen. Rheinmetall hofft, dass das eigene türkische Partnerunternehmen – die Firma BMC – „der Hauptvertragspartner“ für den Panzerbau werde. So steht es in der internen Präsentation vom Dezember 2015. BMC fehle zwar entscheidendes Know-how. Das aber könne Rheinmetall selbst liefern. Die eigene Rolle bestehe darin, „alle notwendigen technologischen Fachkenntnisse bereitzustellen“.

Die Partner aus der Türkei und Malaysia braucht Rheinmetall also nicht so sehr wegen der Technik – sondern auch aufgrund der guten Beziehungen zu Erdogan. Das

scheint der Kern des Deals zu sein. Bislang konnte man das nur vermuten. Die Unterlagen belegen es nun.

Eine der Schlüsselfiguren dieses Deals ist der Tycoon Syed Mokhtar Albukhary, ein milliardenschwerer Geschäftsmann aus Malaysia. Seit Herbst 2016 ist er mit seiner Firma Etika Strategi Teilhaber des Joint Ventures für den Panzerbau in der Türkei. In der internen Präsentation beschreibt Rheinmetall die Rolle der Malaysier unverblümt: Sie sind zuständig für die Kommunikation mit Erdogan. Sie sollen „die Verbindung zur Regierung der Türkei“ sicherstellen und dafür sorgen, dass auf dem Vorhaben der „politische Segen“ des Präsidenten liege.

Syed Mokhtar ist Rheinmetalls Türöffner. Rheinmetall-Manager Schwer wird die Rolle des malaysischen Milliardärs in einem Interview Monate später verharmlosen: Die Etika-Gruppe sei für den Düsseldorfer Konzern einfach „ein strategischer Partner in vielen Regionen“.

Über die guten Beziehungen zwischen Erdogan und dem mehrheitlich islamischen Malaysia wird in der Türkei seit vielen Jahren spekuliert. Was auffällt: Seit Sommer 2016, rund ein halbes Jahr nach dem Abendessen in Istanbul, greift Milliardär Mokhtar dem türkischen Präsidenten und dessen Familie unter die Arme. Seine islamisch orientierte Albukhary Foundation unterstützt ausgerechnet die türkische Stiftung Türgev. In deren Vorstand sitzt, welch Zufall, Bilal Erdogan, skandalumwitterter Sohn des Präsidenten. Die Malaysier laden plötzlich wiederholt türkische Studenten zu Aufenthalten und Englischkursen ein.

Im Mai 2017 reist Bilal Erdogan auf persönliche Einladung von Syed Mokhtar selbst nach Malaysia. Ein Journalist der Zeitung „Hürriyet“ ist dabei und schildert den Besuch in blumigen Worten. Demnach überträgt der Tycoon dem Erdogan-Sohn und mitgereisten türkischen Experten die Leitung einer von ihm mit 200 Millionen Dollar

aufgebauten Privatuniversität. Erst habe der Malaysier dafür anderswo nach Unterstützern gesucht. Doch dann habe Mokhtars Mutter den Rat gegeben: „Mein Sohn, am besten überbringst du den Schlüssel der Universität dem türkischen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdogan.“

Rheinmetall versichert, die auffällige Zuwendung zur Erdogan-Familie habe nichts mit dem Panzerdeal zu tun. „Weder Bilal Erdogan noch irgendeiner anderen Person“ habe man „Gegenleistungen versprochen oder in Aussicht gestellt“.

Doch die Malaysia-Connection ist anrühlich. Experten nennen das „Klimapflege“. Im Fall von Bilal Erdogan wäre das Vorgehen zwar nicht strafbar, sagt die Kölner Korruptionsexpertin Elisa Hoven. Die deutschen Gesetze weisen bei der Verfolgung von Auslandsbestechung Lücken auf. Hoven erkennt aber einen „Trend“, bei Auslandsprojekten „mit Unternehmen aus Ländern zusammenzuarbeiten, in denen Auslandskorruption kaum oder gar nicht verfolgt wird“. Malaysia sei „dafür eine Paradebeispiel“. In solchen Ländern übernehmen „die ausländischen Unternehmen die Bestechung, und das deutsche Unternehmen behält saubere Bücher“.

Die andere Schlüsselfigur für das Panzergeschäft ist der türkische Rüstungsunternehmer Ethem Sancak, Eigentümer des Rheinmetall-Partnerunternehmens BMC. Auch ihn zeichnet seine Nähe zu Erdogan aus. In der internen Rheinmetall-Präsentation heißt es ausdrücklich, Sancak sei mit dem Präsidenten „eng verbunden“. Im Mai 2017 rückte Sancak sogar in den Vorstand der Erdogan-Partei AKP auf. Der Unternehmer kontrolliert mehrere Boulevardzeitungen, die den Kurs des Präsidenten mit wüsten Parolen unterstützen. Ein Blatt verunglimpfte Merkel als „Frau Hitler“ und steckte sie in eine Naziuniform. Ein anderes verleumdete erst dieser Tage den Journalisten Deniz Yücel und den ebenfalls inhaftierten Menschenrechtler Peter Steudtner als „Agenten“.

Fragen nach dem merkwürdigen Partner weicht Rheinmetall aus. Dabei war Sancak bei dem Abendessen mit Erdogan im November 2015 dabei, er ist auf dem Foto zu sehen. Außerdem ist in der internen Präsentation eine Grafik enthalten, in der der Name Erdogan oben thront – und mit zwei gestrichelten Linien verbunden ist mit Syed Mokhtars Firma und der Sancak-Gruppe. Laut Begleittext stehen die Linien für die „Beziehung“ des Präsidenten zu den Geschäftspartnern.

Bereits Ende 2015 geht man bei Rheinmetall offenbar davon aus, dass die Beziehungen helfen. In einer Präsentation für Investoren in Wien am 26. 11. 2015 kündigt Konzernchef Armin Papperger das Joint Venture mit den türkischen Partnern an: für den Bau von „gepanzerten Fahrzeugen“.

Erst Monate später bestätigt Rheinmetall öffentlich die Pläne für ein Gemeinschaftsunternehmen zum Panzerbau. Als der stern im März 2017 Details des Vorhabens enthüllt, löst das laute Proteste aus. „Der absolute Wahnsinn“ seien die Pläne, sagt der grüne Außenpolitiker Omid Nouripour. Die Organisation Campact sammelt mehr als 280 000 Unterschriften gegen die geplante Panzerfabrik und organisiert eine Demo vor dem Bundestag.

Völlig ungerührt hingegen reagieren Kanzlerin Merkel und ihre Minister. Regierungssprecher Steffen Seibert bezeichnet das Rüstungsprojekt im März 2017 als „unternehmerische Entscheidung“, die die Regierung „nicht zu kommentieren habe“.

Glaubt man den Rheinmetall-Leuten, ließen sie die Bundesregierung nicht im Unklaren. Ob Berlin über die Panzerpläne informiert sei, wurde Manager Schwer von einem türkischen Branchenmagazin gefragt. Seine Antwort: „Ja, das ist der Fall. Es war immer unsere Linie, die deutsche Regierung über unsere Pläne zu informieren. Wir tun nichts hinter ihrem Rücken.“

In der Tat hat das Unternehmen gute Drähte zur Berliner Politik. Regelmäßig traf Rheinmetall-Chef Papperger den damaligen Wirtschaftsminister und SPD-Chef Sigmar Gabriel im kleinen Kreis. Immer wieder ging es bei diesen Runden mit dem heutigen Außenminister auch um Rüstungsexporte. Das zeigen Antworten des Wirtschaftsministeriums auf eine Anfrage der Linken-Abgeordneten Sevim Dagdelen.

Das Ministerium beteuert dennoch, von der Panzerfabrik aus der Presse erfahren zu haben. Die Sache sei „nicht Gegenstand von Gesprächen mit Vertretern der Bundesregierung“ gewesen, jedenfalls „ausweislich der vorhandenen Unterlagen und Aufzeichnungen“. Die Akten des Ministeriums sind dafür aber nicht allein entscheidend. Wenn Minister Firmenchefs treffen, werden normalerweise keine Protokolle geschrieben. Wurde Gabriel also doch persönlich informiert? Sein Büro verweist auf die Antworten des Ministeriums. Sie seien „umfassend“.

Auch nach dem Bekanntwerden der Pläne war nichts von einem Einschreiten der Regierung zu hören. Die Kanzlerin hat sich bis heute nicht dazu geäußert. Keiner ihrer Minister kritisierte die Pläne. Das SPD-geführte Wirtschaftsministerium schloss auch nicht die Gesetzeslücke, die Rheinmetall nutzen kann. Bis heute brauchen Rüstungskonzerne zwar eine Genehmigung der Bundesregierung, wenn sie Waffen oder Blaupausen für Waffen exportieren wollen – nicht aber, wenn sie Experten in Länder wie die Türkei entsenden, um „technische Unterstützung“ zu geben. Für Hersteller von Überwachungstechnik hat Gabriel im Juli 2015 solch eine Genehmigungspflicht bei technischer Hilfe eingeführt – für Rüstungsgüter nicht.

Das Ministerium sieht darin kein Problem. Es seien „nur untergeordnete, einfache Dienstleistungen“ nicht genehmigungspflichtig. Der „Aufbau von Waffenfabriken“ sei mit ihnen nicht möglich.

Auch Rheinmetall spielt sein Türkei-Vorhaben inzwischen herunter. Noch im März hatte die Firma bestätigt, dass man gern Kampfpanzer in der Türkei bauen wolle. Jetzt sagte ein Sprecher, in dem Land habe sich seit der Zeit der Präsentation vom Dezember 2015 „viele“ geändert, „auch für Rheinmetall“. Das Gemeinschaftsunternehmen sei „im Moment nicht aktiv“. Tatsächlich schreibt es immer wieder Stellen aus, hat Büroräume in Ankara bezogen, eine Website freigeschaltet. Man sei „im Kommen“, verspricht die Seite.

Kein Wunder: Erst vor einigen Tagen forderte das türkische Verteidigungsministerium den Rheinmetall-Partner BMC auf, ein Angebot für den Bau der Altay-Panzer zu unterbreiten. Zwei weitere Unternehmen wurden eingeladen. BMC gilt aber als Favorit.

So rückt womöglich der Tag näher, an dem mit deutscher Hilfe produzierte Panzer in türkischen Städten auffahren. Gegen die angeblichen Feinde von Präsident Erdogan.

Diese Recherche ist eine gemeinsame Arbeit des stern mit der türkischen Exilredaktion Özgürüz sowie dem Recherchezentrum Correctiv.

Mitarbeit: Albrecht Ude

## Kampfpanzer vom Fließband

*Interne Pläne zeigen, wie der Rheinmetall-Konzern trotz aller Dementis am Bau einer Rüstungsfabrik in der Türkei arbeitet*

Diese Recherche ist eine gemeinsame Arbeit des stern mit dem Recherchezentrum Correctiv und der Exilredaktion Özgürüz

Von Hans-Martin Tillack, stern, 31.08.2017

Das künftige Werksgelände ist so groß wie 300 Fußballfelder und liegt direkt an der türkischen Schwarzmeerküste. Hier in Karasu, östlich von Istanbul, will die türkische Firma BMC auf 222 Hektar Autos, Busse und Motoren bauen lassen. Das klingt harmlos. Doch auf dem künftigen Werksgelände sollen auch Panzer produziert werden – und der deutsche Rüstungskonzern Rheinmetall ist über ein Joint Venture mit BMC verbunden.

Eine Panzerfabrik für die Türkei des Präsidenten Recep Tayyip Erdogan? Es ist ein Vorhaben, das man hierzulande niemandem erklären kann. Grünen-Chef Cem Özdemir nennt es gar „ein Paradebeispiel für die Doppelzüngigkeit der Bundesregierung“. Im März hatte der stern zusammen mit Correctiv und der Exilredaktion Özgürüz erstmals Details des Vorhabens enthüllt. Inzwischen spielt es Rheinmetall immer wieder herunter. Man habe für Karasu „keine Werksplanungen entwickelt oder entwickeln lassen“, beteuert der Konzern auch jetzt. Doch dem stern liegen detaillierte Unterlagen zu dem Werksgelände in Karasu vor – auch aus dem Hause Rheinmetall.

In Zukunft, das zeigen die Papiere, sollen in Karasu auf insgesamt 96 Hektar Fabrikbauten entstehen. Darunter ist laut der Folie einer internen Präsentation die Halle für ein Produkt, das mit „MBT“ abgekürzt wird. MBT steht für Main Battle Tank, also Kampfpanzer. Erst vor ein paar Wochen hat das türkische Verteidigungsministeri-



um BMC ausdrücklich eingeladen, sich um den Bau des ersten türkischen Kampfpanzers vom Typ Altay zu bewerben. In Karasu sind laut einer Studie auch Fabrikgebäude für zwei weitere gepanzerte Fahrzeugtypen vorgesehen. 1150 Stück der Produkte aus dem Geschäftsfeld „Defense“ sollen – so die Studie – künftig jedes Jahr das Werksge- lände verlassen. Also offenbar über 1000 gepanzerte Militärfahrzeuge. Und das pro Jahr.

Um eine „reibungslose und effiziente Ausführung“ des Fabrikbaus zu sichern, wollte Rheinmetall – so sagt es eines der Papiere – gegenüber BMC als Gesamtverant- wortlicher auftreten. Die Türken dürften eine „schlüsselfertige“ Lösung erwarten. Rheinmetall hatte Recherchen des sternzufolge bereits versucht, die deutschen Firmen Obermeyer und Edag für eine Partnerschaft zu gewinnen. Sie kam aber nicht zustande. Bei dem Ingenieurdienstleister Edag etwa hat man bereits 2016 beschlossen, sich von militärischen Projekten in der Türkei fernzuhalten.

Zumindest zeitweise war dafür das Werkzeugmaschinenlabor der Rheinisch- Westfälischen Technischen Hochschule (RWTH) aus Aachen dabei. Von Mai bis Sep- tember 2016 arbeitete die RWTH sogar an einer Machbarkeitsstudie für das Werk in der Türkei. Der Auftrag sei von einer Vermittlungsfirma gekommen, nicht von Rhein- metall, sagt ein Sprecher der Hochschule. Es sei zunächst auch nur um „Spezialfahr- zeuge“ gegangen. Erst später meldeten sich Vertreter von BMC. Und nun war auch vom Bau von Panzern die Rede. Man habe den Auftrag darauf „frühzeitig mit einer eingeschränkten Präsentation der Ergebnisse beendet“, sagt der Sprecher. Es sei „ein Fehler“ gewesen, dass man die Studie erstellt habe, räumt er ein. So zerknirscht wir- ken die Leute bei Rheinmetall nicht. Auf den Fluren der Firma erzählt man sich, dass für die Panzerproduktion in Karasu sogar bereits ein Werksleiter benannt sei. Ein Mann namens Dirk Hentschel, der bisher für die Produktion von Panzern im Rheinme- tall-Werk in Kassel zuständig war.

Rheinmetall bestreitet, dass er die Fabrik in Karasu leiten soll. Fakt ist, dass Hentschel neuerdings im Karrierenetzwerk LinkedIn einen Posten in der Türkei angibt. Er sei als Werksleiter einer Rheinmetall-Tochter im Mittelmeerort Antalya tätig.

Nur hat die gar kein Werk in der Türkei – anders als der Rheinmetall-Partner BMC.

Diese Recherche ist eine gemeinsame Arbeit des stern mit dem Recherchezentrum Correctiv und der Exilredaktion Özgürüz